

S-1 Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt Leben im Quartier

Gremium: Landesvorstand, LAG Altenpolitik, LAG Gesundheit, LAG Soziales,
Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung
Beschlussdatum: 31.01.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Selbstbestimmt leben im Alter

Antragstext

1 **Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt** 2 **Leben im Quartier**

3 Wir leben – zum Glück! – immer länger. Jeder fünfte Mensch in NRW ist über 65
4 Jahre alt – Tendenz steigend. Wir GRÜNE setzen uns für konkrete Maßnahmen ein,
5 damit jeder Mensch selbstbestimmt, bei bestmöglicher Gesundheit und in Würde alt
6 werden kann und aktiv an der Gesellschaft teilhat.

7 Älter zu werden bedeutet heute etwas anderes als früher. Viele Menschen sind am
8 Ende ihrer Berufstätigkeit eigenständig und aktiv, doch mit dem Ende der
9 Erwerbsarbeit haben viele die Sorge, in ein Loch zu fallen, soziale Kontakte zu
10 verlieren und keinen geregelten Tagesablauf mehr zu haben. Die Folge: Angst vor
11 Einsamkeit. Dabei kann diese Zeit eine neue Lebensphase sein, die sie ihren
12 Interessen, Freund*innen, der Familie und dem Engagement für die Gesellschaft
13 widmen wollen. Dieses Engagement wollen wir GRÜNE besser unterstützen, denn es
14 bereichert unsere Gesellschaft, die vom Erfahrungsschatz, der Lebensleistung und
15 der Zeit älterer Menschen enorm profitieren kann.

16 Immer mehr Menschen sorgen sich allerdings, im Alter ihren Lebensstandard nicht
17 mehr halten zu können oder gar eine Rente zu beziehen, die die nicht zum Leben
18 reicht. So sind immer mehr Rentner
19 innen von Altersarmut betroffen. Eine prekäre soziale Absicherung erschwert
20 gesellschaftliche Teilhabe. Wir GRÜNE kämpfen deshalb entschieden für gerechte
21 Löhne, die im Alter vor Armut schützen, bezahlbares Wohn- und Lebensort
22 ermöglichen und für eine auskömmliche soziale und finanzielle Sicherung im Alter
23 sorgen. Dafür brauchen wir neben einer gestärkten Rente eine gute und
24 zugängliche soziale Sicherung, die Menschen auch im Alter ein sicheres soziales
25 Netz bietet, wenn die Rente nicht reicht. Wir setzen uns deshalb für eine
26 Alterssicherung ein, die für alle funktioniert und in der alle füreinander
27 eintreten. Und wir sehen die besonderen Bedarfe von Menschen, die aus sozialen
28 oder kulturellen Gründen Benachteiligung erfahren.

29 Im Alter wird vieles schwieriger und der Unterstützungsbedarf wächst:
30 Körperliche Beeinträchtigung und Pflegebedürftigkeit schränken die persönliche
31 Mobilität ein. Dadurch können ältere Menschen ihren Alltag nicht mehr alleine
32 bestreiten und sind auf fremde Hilfe angewiesen, insbesondere wenn Angehörige
33 weit weg wohnen oder beruflich stark eingebunden sind. Die Sicherung einer
34 menschenwürdigen Pflege ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die mit dem
35 demografischen und sozialen Wandel weiter an Bedeutung gewinnen und Deutschland
36 die nächsten Jahrzehnte mit prägen wird. Die Anzahl der pflegebedürftigen
37 Menschen nimmt zu, das Krankheitsspektrum und der Unterstützungsbedarf werden

38 umfangreicher und differenzierter. Zugleich zeichnet sich in der Pflegebranche
39 ein großer Mangel an Fachkräften ab.

40 Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von
41 Angehörigen aus dem familiären Umfeld erbracht. Soziale Veränderungen, Wandel im
42 Zusammenleben und bei den Rollenbildern führen dazu, dass traditionelle
43 Familienstrukturen sich grundlegend wandeln. So ist ein beträchtlicher Teil der
44 pflegenden Angehörigen berufstätig und daher doppelt belastet oder selbst schon
45 im höheren Lebensalter und deshalb wenig belastbar. Deshalb müssen wir heute für
46 die Rahmenbedingungen sorgen, die dieser Entwicklung wie auch dem Anspruch einer
47 würdevollen Pflege gerecht wird und schließlich die pflegebedürftigen Menschen
48 und deren Angehörige stärkt.

49 In einer vielfältigen Migrationsgesellschaft heißt Älterwerden auch, dass die
50 Ansprüche an die soziale, Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur diverser werden.
51 Insbesondere mit dem Eintritt in den Ruhestand der ersten, teilweise auch schon
52 der zweiten Generation der Familien der sogenannten Gastarbeiter*innen ist der
53 Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Pflege deutlich gewachsen
54 und wird weiter ansteigen. Auch muss sich unsere Gesellschaft auf die besonderen
55 Erfahrungen und Bedürfnisse von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und
56 intergeschlechtlichen alten und höchstaltigen Personen (LSBTTI*) einstellen,
57 die in ihrer Biografie oftmals Erfahrungen von Verfolgung, Diskriminierung und
58 Ausgrenzung gemacht haben. Hier geht es darum, die spezifische(n) Kulturen zu
59 verstehen, um Retraumatisierungen zu vermeiden. Dies verlangt eine
60 kultursensible Pflege, die zwingender Bestandteil zum einen der Alten- und
61 Krankenpflegeausbildung, der Pflegeinfrastruktur im Lebensumfeld sein muss,
62 setzt aber die Förderung LSBTTI*-sensibler offener Altenarbeit voraus.

63 Wir GRÜNE wollen, dass Menschen genau die Unterstützung finden, die sie
64 brauchen, um im Alter selbstbestimmt leben zu können. Wo ginge das besser als im
65 direkten Lebensumfeld? Wir wollen altersgerechte Wohn- und Lebensorte stärken.
66 Wir wollen, dass unsere Stadtteile und Dörfer mehr sind als eine Ansammlung
67 einzelner Häuser, Straßen und Geschäfte. Der Vereinzelung setzen wir die Vision
68 eines Quartiers für alle Generationen entgegen: Der Stadtteil oder das Dorf als
69 Lebensmittelpunkt für Viele, in dem Gemeinsamkeit möglich wird. Hier sollte
70 alles fußläufig und barrierefrei bereitstehen, was Menschen in unterschiedlichen
71 Lebensphasen und mit unterschiedlichen Einkommen brauchen: Von bezahlbarem
72 Wohnangebot, Gesundheitsversorgung und Pflegedienstleistungen über
73 Einkaufsmöglichkeiten hin zu öffentlichen Treffpunkten, Kultureinrichtungen und
74 Spielplätzen.

75 Der Weg zu dieser Vision führt über unsere Städte, Gemeinden und Kreise. Sie
76 müssen die Stadtentwicklung und die Pflegeplanung wieder stärker in die Hand
77 nehmen und ihre Kommunen zu Zukunftsdörfern und -quartieren umbauen. Für eine
78 solche integrierte, den demografischen Wandel und die nötigen Maßnahmen zur
79 Klimafolgenanpassung berücksichtigende Stadtentwicklung brauchen unsere Kommunen
80 die Unterstützung des Landes.

81 Alt und motiviert – Engagement im Alter besser unterstützen

82 Im Alter können Menschen viel geben: Die Gesellschaft kann vom Erfahrungsschatz
83 und der Zeit älterer Menschen enorm profitieren. Viele ältere Menschen
84 engagieren sich in Vereinen und Kirchen, ehrenamtlich in der Politik, in
85 Seniorenbeiräten und Nachbarschaftsinitiativen. Und es sind vor allem Menschen

86 im Alter, die sich bei Einschränkungen, Behinderungen und Krankheiten
87 gegenseitig unterstützen. Damit sorgen sie für Zusammenhalt und nicht zuletzt
88 auch handfeste Einsparungen in der Pflege.

89 Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Politik. Wir
90 wollen die Netzwerkarbeit im Quartier und besonders von älteren Menschen
91 unterstützen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Die Schwarz-Gelbe
92 Landesregierung macht genau das Gegenteil: So streicht sie etwa ab diesem Jahr
93 Gelder bei der Initiative „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ (ZWAR). In dieser
94 Initiative organisieren sich ältere Menschen selbst, engagieren sich für die
95 Gemeinschaft und unterstützen sich gegenseitig. Mit den Kürzungen der
96 Landesmittel steht die landesweite Koordinierung dieser Initiativen vor dem Aus.
97 Wir GRÜNE unterstützen die Initiative weiter im Kampf gegen diese Kürzungen,
98 weil wir wissen, dass die erfolgreiche Selbstorganisation von Menschen im Alter
99 einen professionellen Beratungs- und Unterstützungsrahmen braucht. Auch die
100 Arbeit der kommunalen Konferenzen für Alter und Pflege wie auch die
101 Gesundheitskonferenz soll auch durch eine stärkere Teilhabe von
102 Selbsthilfegruppen und Betroffenenorganisationen gestärkt und ausgeweitet
103 werden. Hierbei werden wir auch gesonderte Bedürfnisse von Frauen, von Menschen
104 mit Migrationsgeschichte, von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen
105 und von LSBTTI* im Alter berücksichtigen.

106 Teilhabe stärken - gegen Vereinsamung und Ausgrenzung

107 Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen
108 älteren Menschen. Deshalb sind Kommunen und soziale Netze vor Ort gefragt,
109 Angebote zu schaffen, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen
110 und die Teilhabe fördern. Hierzu gehören Angebote gegen Vereinsamung von
111 Treffpunkten über Teilhabevergünstigungen bis hin zu aufsuchenden sozialen
112 Angeboten im Wohnquartier.

113 Teilhabe an Aktivitäten sollte durch Sozialtickets und Vergünstigungen bei
114 Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht und gefördert werden. Im Landtag haben
115 wir GRÜNEN uns erfolgreich für den Ausbau und die Sicherung der
116 Landesfinanzierung für die Sozialtickets vor Ort eingesetzt.

117 Teilhabe und Mitwirkung sind ein soziales Bedürfnis, auch älterer und auf Hilfe
118 angewiesener Menschen. Dafür brauchen wir unterstützende Nachbarschaften,
119 sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“. Hier spielen
120 ehrenamtliche Netzwerke auch als niederschwellige Unterstützungsmöglichkeiten
121 eine wichtige Rolle, ebenso wie die Arbeit von Vereinen, Initiativen oder
122 Projekten vor Ort. Dies unterstützen wir.

123 Prävention und Pflege stärken

124 Immer mehr Menschen in NRW benötigen Pflege. Aktuell sind es rund 800.000
125 Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Etwa 350.000 Personen
126 mit Demenzerkrankung benötigen Hilfe und alltägliche Begleitung. Die zentralen
127 Elemente sind Prävention und Erhalt der Gesundheit, qualitativ hochwertige und
128 bedarfsgerechte medizinische Versorgung und vernetzte Versorgungsstrukturen. Der
129 Bedarf nach einer auskömmlichen und qualitativ hochwertigen Pflegeinfrastruktur
130 ist in den letzten Jahren allerdings deutlich gestiegen und wird auch in den
131 kommenden Jahren weiter steigen. Dieser wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung
132 der Pflege steht weiterhin ein massiver Pflegenotstand gegenüber, der auf

133 fehlende Wertschätzung, unzureichende Entlohnung, hohe Arbeitsbelastung und
134 mangelnde Zeit für die Pflege zurückgeht. Dieser Notstand ist einem reichen Land
135 schlicht unwürdig. Wir haben uns in der rot-grünen Landesregierung erfolgreich
136 dafür eingesetzt, die Zahl der Auszubildenden in der Pflege massiv zu steigern.
137 In keinem anderen Bundesland wurden in dieser Zeit so viele neue
138 Ausbildungsplätze geschaffen. Doch dieser Weg muss konsequent fortgesetzt und
139 weiterentwickelt werden. Wir wollen zudem weiter dafür sorgen, die
140 Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und dafür beispielsweise die
141 Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Darüber hinaus wollen wir die
142 Unterstützung pflegender Angehöriger verbessern.

143 Pflegebedarf darf nicht zum Armutrisiko werden

144 Die Pflegeversicherung wird heute ihrem Ziel nicht mehr gerecht, im Pflegefall
145 vor Armut zu schützen. Immer mehr pflegebedürftige Menschen sind bereits auf
146 Sozialhilfe angewiesen. Diese Situation wird sich ohne Gegenmaßnahmen weiter
147 verschärfen. Denn nach heutiger Systematik der Pflegeversicherung gibt es je
148 nach Pflegegrad einen festen Zuschuss zu den Pflegekosten. Die dringend nötigen
149 Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung der professionellen
150 Pflege erhöhen automatisch die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Diese liegen
151 in NRW im bundesweiten Vergleich bereits im Spitzenfeld. Wir Grünen fordern
152 deshalb mit der doppelten Pflegegarantie eine Reform der Pflegeversicherung, die
153 dafür sorgt, dass alle pflegebedürftigen Menschen die Pflege erhalten, die sie
154 benötigen, und die Kosten dafür für sie begrenzt sind.

155 Wir wollen erstens, dass Pflegebedürftige nur einen festen Betrag deutlich unter
156 dem heutigen Eigenanteil für die Pflege zahlen müssen und die Kosten für die
157 Pflegebedürftigen überschaubar gedeckelt werden.

158 Wir garantieren zum zweiten: Die Pflegeversicherung übernimmt in Zukunft alle
159 darüber hinaus gehenden pflegerischen Kosten für eine bedarfsgerechte
160 Versorgung. Damit wollen wir erreichen, dass in Zukunft alle Pflegebedürftigen
161 die für sie notwendigen, am konkreten Bedarf orientierten Pflegeleistungen
162 erhalten – wir wollen damit die Unterversorgung, die insbesondere bei der
163 häuslichen Pflege vorkommen kann, beseitigen.

164 Ergänzend wollen wir die Pflege- und die Krankenversicherung zu einer
165 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Wir wollen, dass sich alle an der
166 solidarischen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten beteiligen und
167 vielen, die heute nicht Mitglied der gesetzlichen Sozialversicherung werden
168 können, diese Möglichkeit zu fairen Bedingungen eröffnen.

169 Selbstbestimmt Leben im Quartier

170 Wir GRÜNE wollen die Selbstbestimmung von Pflegebedürftigen fördern. Die meisten
171 Menschen wollen zu Hause oder zumindest in ihrem angestammten Umfeld wohnen
172 bleiben und ambulante Pflege in Anspruch nehmen. Deshalb wollen wir in der
173 Pflegepolitik weg von Großeinrichtungen hin zu Wohn- und Pflegeformen im
174 Lebensumfeld der Menschen. Dafür müssen die Kommunen und Kreise die
175 Pflegebedarfsplanung selbst in die Hand nehmen. Sie dürfen die Entwicklung der
176 (Pflege)Infrastruktur nicht dem freien Markt überlassen. Gleiches gilt für eine
177 altersgerechte Wohnungspolitik und innovative Wohnformen, die bezahlbares Wohnen
178 mit Pflegeangeboten kombinieren. Kommunen und Kreise müssen aktiv eine
179 generationengerechte, integrierte Quartiersentwicklung im Zusammenspiel mit

180 örtlichen Wohnungsanbieter, (Infrastruktur-)Trägern und Zivilgesellschaft
181 planen, in denen Pflege und Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Einkaufen und
182 Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für alle Generationen zugänglich sind.
183 Wir wollen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den Quartieren langfristig
184 schützen. Die Kommunen müssen dafür die Möglichkeiten des Vorkaufsrechts in
185 Milieuschutzgebieten nutzen. Zudem sollen Auflagen für Investoren bezüglich
186 sozialverträglicher Sanierungen und des Erhalts von Mietwohnungen definiert
187 werden.“

188 Wer Unterstützung im Alltag braucht oder Pflege benötigt, braucht kurze Wege und
189 eine abgestimmte Gesundheitsförderung und -versorgung „aus einem Guss“. Hierfür
190 gibt es bereits Vorbilder wie das Zukunftsdorf Legden, in dem alle Präventions-
191 und Gesundheitsdienstleistungen barrierefrei im Ortskern zu erreichen sind. Wir
192 GRÜNE wollen, dass überall in NRW Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegedienste und -
193 einrichtungen im Quartier besser zusammenarbeiten und gebündelt werden. Über
194 Angebote zur Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie
195 Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir eine Pflege und
196 Unterstützung rund um die Uhr. Wir setzen auf Alternativen zum klassischen Heim
197 wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, Mehrgenerationenwohnen
198 und „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung („Bielefelder
199 Modell“) oder Modelle wie „Wohnen für Hilfe“. Wichtig ist ein Pflege- und
200 Hilfemix aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und
201 Nachbarschaften im Quartier.

202 Darüber hinaus haben auch die klassischen stationären Pflegeheime immer noch
203 eine große Bedeutung für die Sicherung eines umfassenden Pflegeangebots vor Ort.
204 Viele Einrichtungen müssen sich aber zeitgemäß modernisieren, um
205 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: durchgängig Einzelzimmer, Öffnung zum
206 Quartier als Begegnungszentrum für die Bewohner*innen, Vereine und Initiativen
207 im Stadtteil, bis hin zur Umwandlung zu Wohnanlagen für alle Generationen. Wir
208 GRÜNEN wollen die Träger bei diesen Umgestaltungsprozess der bestehenden
209 Einrichtungen unterstützen und für eine Neuorientierung ambulante Wohn- und
210 Pflegeformen gewinnen.

211 Selbstbestimmtes Wohnen im Quartier muss auch für Menschen in besonderen
212 Lebenslagen ermöglicht werden. So können für ehemals wohnungslose Menschen mit
213 Pflegebedarf oder einer psychischen Erkrankung neuen Angebote zum
214 selbstbestimmten Wohnen aufgebaut werden, wie es bei dem Projekt 60+ York-Höfe
215 in Münster gelungen ist. Diese Angebote wollen wir in den kommenden Jahren in
216 NRW weiter ausbauen. Die Angebote für ältere Menschen mit Beeinträchtigungen
217 müssen gestärkt und Probleme aufgrund von unterschiedlichen Zuständigkeiten für
218 Eingliederungshilfe und Altenhilfe überwunden werden.

219 Verbindliche Pflegebedarfsplanung in den Kommunen und Kreisen umsetzen

220 Viele Kommunen verfolgen bereits das Ziel, die Quartiere so auszugestalten, dass
221 die notwendige Unterstützung gewährleistet ist, die der einzelne Mensch
222 benötigt, um so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit ein
223 selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies entspricht auch dem Wunsch des Großteils
224 der Pflegebedürftigen. Allerdings ist der finanzielle Rahmen für den
225 Landesförderplan Alter und Pflege von der CDU/FDP Landesregierung in den letzten
226 Jahren erheblich gekürzt worden. Förderprojekte, die die ehrenamtliche wie auch
227 professionelle Quartiersarbeit unterstützen, wurden nach und nach gestrichen.

228 Eine dringend notwendige Integration von Stadtteil-, Wohn- und Pflegeentwicklung
229 fehlt.

230 Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur
231 wieder dem freien Markt und den Interessen der Investoren überlassen. So hat sie
232 den Vorrang ambulanter Wohn- und Pflegeformen gestrichen. Sie will, dass wieder
233 neue Großeinrichtungen geplant werden, obwohl bereits viele Kommunen den
234 innovativen und menschenorientierten Weg hin zu Quartierskonzepten verfolgen.

235 Viele Kommunen und Kreise haben in NRW bereits die verbindliche
236 Pflegebedarfsplanung eingeführt. Hier bleibt unsere Erwartung, dass diese
237 weiterhin auf den vorrangigen Ausbau von ambulanten Wohn- und Pflegeformen
238 setzen, so wie es auch im SGB XI vorgesehen ist. Zugleich setzen wir uns dafür
239 ein, dass möglichst alle Kommunen und Kreise die Möglichkeit der verbindlichen
240 Pflegebedarfsplanung ergreifen.

241 Quartiere für die Bedarfe aller Generationen gestalten

242 Wohnquartiere sind nicht nur für Menschen im Alter wichtig, sie müssen auf alle
243 Generationen und auf das gedeihliche Zusammenleben zwischen den Generationen
244 ausgerichtet sein: Singles wie Familien finden hier Unterstützungs- und
245 Beratungsangebote. Das Quartier ist so gestaltet, dass Kinder überall spielen
246 können, sicher und frei. Jugendliche finden hier Frei- und Gestaltungsräume. Im
247 Zentrum des Quartiers stehe Orte der Kommunikation, wie z. B. Stadtteilzentren,
248 Quartiersstützpunkte, Nachbarschaftstreffs und einladende öffentliche Plätze.
249 Sie ermöglichen Kontakt und Kommunikation, lassen die Gemeinschaft positiv
250 erleben und stärken die Identifikation mit dem und das Miteinander im Quartier.

251 Bauen und Wohnen – gemeinnützig und barrierefrei!

252 Wer lebenswerte Quartiere möchte, muss die Stadtentwicklung aktiv in die Hand
253 nehmen. Wenn wir sie dem freien Markt überlassen, entstehen bloß einzelne Wohn-
254 und Geschäftseinheiten, und keine zusammenhängenden Stadtquartiere, die als
255 Ganzes funktionieren.

256 Wir GRÜNE treten ein für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, zu der eine
257 behutsame Bestandsentwicklungspolitik gehört. Ein größerer Anteil von Grund und
258 Boden in unseren Städten und Gemeinden muss wieder in öffentlicher Hand sein,
259 damit Städte und Gemeinden die Stadtentwicklung überhaupt gestalten und steuern
260 können. Mit einem Vorkaufsrecht für Kommunen stellen wir das sicher. Bauflächen
261 sollen von der öffentlichen Hand nicht mehr verkauft, sondern langfristig
262 verpachtet werden (Erbbaurecht). Den Zuschlag soll nicht der Meistbietende
263 erhalten, sondern über eine Konzeptvergabe nach Qualitätskriterien erfolgen.
264 Hiermit können soziale, ökologische, gemeinschaftliche und inklusive
265 Wohnprojekte und genossenschaftliche Wohnformen gestärkt werden. Wir brauchen
266 feste Quoten für sozial geförderten, qualitätvollen und langfristig sozial
267 gebundenen Wohnraum. Gleichzeitig brauchen wir eine Stärkung der kommunalen
268 Wohnungsunternehmen, die nicht zuletzt auch eine wichtige Rolle dabei spielen,
269 für Menschen in besonderen Lebenslagen Wohnraum zu ermöglichen. Selbstbestimmt
270 Wohnen im Alter - alleine oder in Wohn- oder Hausgemeinschaften darf nicht vom
271 Geldbeutel abhängen sondern muss für alle ermöglicht werden. Auch deshalb muss
272 der sog. Kostenvorbehalt bei Leistungen der Eingliederungshilfe wie auch bei der
273 „Hilfe zur Pflege“ (§ 13 SGB XII) bei ambulanten Wohnformen gegenüber einer
274 stationären aufgehoben werden.

275 In NRW gibt es kein ausreichendes Angebot an barrierefreien und bezahlbaren
276 Wohnraum. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat klare Vorgaben hierfür
277 gestrichen. Viele Menschen, die selbstständig leben wollen, sind bislang
278 gezwungen in Sondereinrichtungen oder völlig ungeeigneten Wohnungen zu leben. Es
279 fehlen etwa 600.000 geeignete barrierefreie Wohnungen. Von diesem
280 Wohnungsnotstand sind auch die Menschen betroffen, die noch in Heimen wohnen,
281 aber lieber selbstständig im Betreuten Wohnen oder „selbständigen Wohnen mit
282 Assistenz“ leben wollen. Die Schaffung eines bedarfsgerechten und bezahlbaren
283 Angebotes an barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnraum muss daher eine
284 zentrale Aufgabe sein.

285 Im Alter mobil

286 Gerade im ländlichen Raum und am Stadtrand sind Menschen mit Einschränkungen
287 häufig auf ein Auto angewiesen – wer dies nicht mehr nutzen kann oder möchte,
288 ist stark eingeschränkt. Doch auch in der Stadt können Barrieren schnell dazu
289 führen, dass ältere Menschen immer seltener das Haus verlassen. Das erschwert
290 ihnen zum einen den Zugang zu Präventions- und Gesundheitsleistungen und zur
291 Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs. Zum anderen aber verhindert es
292 kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und die selbstbestimmte Gestaltung der
293 Freizeit. Unser Ziel ist, Mobilitätshemmnisse konsequent abzubauen. Wir setzen
294 uns deshalb dafür ein, den altersgerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV
295 voranzutreiben. Zudem wollen wir Kommunen ermuntern und dabei unterstützen,
296 weitere alternative Verkehrsangebote wie Mitfahrer*innenbänke und
297 Bürger*innenbusse zu prüfen und zu entwickeln und internetbasierte,
298 generationengerechte Informationsportale zu fördern, die alle etablierten
299 Mobilitäts- und Serviceangebote vor Ort beinhalten. Für den Freizeitbereich
300 wollen wir Initiativen wie „Radeln ohne Alter“ unterstützen, bei der mit E-
301 Rikschas Menschen aus stationären Pflegeeinrichtungen von Ehrenamtlichen
302 abgeholt und gefahren werden. Schließlich bedarf es auch einer
303 Wohnumfeldgestaltung die Menschen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
304 unterstützt.